

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1916

Allgemeines.

Wie das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ berichtet, hat das Berichtsjahr in jeder Beziehung unter dem Zeichen stärkster Sammlung und rationaler Verteilung der Kräfte gestanden. Auf den Kriegsschauplätzen zwang dazu das immer stärkere Aufgebot unserer Gegner. Hier ist nicht bloß an die Heranziehung von neuen Kriegserklärungen gegenüber den Mittelmächten zu denken, sondern ganz besonders auch an die fortschreitende Ueberwindung des Abstandes, der unsere Gegner in kriegstechnischer Hinsicht (Munitionserzeugung, militärische Durchbildung usw.) früher von uns trennte. Die Methoden der Kriegführung sind mehr und mehr auf beiden Seiten die gleichen geworden. Diese Erkenntnis war mit dem Stellungskriege unvermeidbar verbunden. Ungeheure Massenaufwendung ist seitdem das Kennzeichen der Lage. Unter diesen Umständen hat vor allen Dingen die Industrie bei uns hauptsächlich in erster Linie verfehlenden Länder einen überaus raschen Entwicklungsprozess durchgemacht. Insbesondere ist es für Deutschland von größter Bedeutung, daß die englische Industrie im Zusammenhang mit dem Kriege die schwerfällige Einseitigkeit, durch die sie der deutschen gegenüber in Rückstand gekommen war, anscheinend überwunden hat. Organisation auf höchster Stufenleiter ist längst nicht mehr unser alleiniger Vorzug. Es mußte sogar zeitweise scheitern, als ob manche unserer Gegner uns auf diesen Gebieten überholen würden. Wiederum ist hier namentlich der Blick auf England zu richten. Die für die Erfassung der Wirklichkeit besonders zugänglichen und empfänglichen Engländer hatten sofort erkannt, daß, wenn das ganze Volk in allen seinen Schichten zu Höchstleistungen herangezogen werden müsse, es dafür unbedingt auf die vollberechtigte Beteiligung der Vertretungen dieser einzelnen Volksschichten schon bei der Einleitung, dann aber erst recht bei der Durchführung der zu treffenden Maßnahmen wesentlich ankomme. Wer wollte es in Abrede stellen, daß zum Gelingen der staunenswerten Umwandlung des englischen Industrieorganismus während des Krieges die ständige verständnisvolle Fühlung der Regierung mit der Arbeiterbewegung ganz wesentlich beigetragen hat!

Manche bedeutamen Ereignisse des Jahres 1916 brachten zum Ausdruck, daß auch in Deutschland allmählich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer solchen Fühlungnahme der ausführenden Organe der Regierung mit Vertretungen der einzelnen Volksschichten, auch mit der Arbeiterbewegung, zum Durchbruch gelangt ist. Ein besonders bemerkenswertes Anzeichen dafür war die Berufung von Vertretern der Arbeiterbewegung (Kollege Stegerwald) und der Verbraucherbewegung in das neu geschaffene Kriegsernährungsamt, das schon in seiner Organisation eine wesentliche Abweichung von den bisherigen Gepflogenheiten darstellte. Den Abschluß dieser wichtigen Entwicklung hat das Hilfsdienstgesetz gebracht. Während aber in England eine solche Haltung der Regierung längst als selbstverständlich, ja als die einzig vernünftige angesehen wird, können sich in Deutschland manche Schichten mit der neuen Entwicklung nur schwer abfinden. Die hauptsächlichsten Organe der deutschen Arbeiterschaft lassen erkennen, daß von dieser Seite aus den Dingen mit Ungeduld zugehört wird. Um das angebliche Prinzip von der Erhaltung der Autorität im Betriebe nicht gefährden zu lassen, will man anscheinend noch eher die Gefährdung unseres ganzen Wirtschaftssystems in Kauf nehmen.

Es ist ein Mangel, daß die leitenden Stellen im Reich das genügende Augenmaß für das Notwendige gehabt haben. Der Kommandobau und der zentrale Zwang sind wirklich nicht die einzigen Mittel, um unseren wirtschaftlichen Betrieb in Gang zu halten. Niemand wird es einfallen lassen, die Produktion der Kriegsmaterialien zu

auch nur vorwiegend auf unsere technische Ueberlegenheit zurückzuführen, da dieselbe auf den Kriegsschauplätzen des Festlandes keineswegs mehr in vollem Umfange vorhanden ist. Vielmehr wird der Sieg und die Abwehr des ungeheuerlichen Kräfteaufgebots der Gegner mit Recht vorwiegend den persönlichen Eigenschaften des deutschen Soldaten zugeschrieben: dem entschlossenen Willen, keinen Fußbreit vom Boden des Vaterlandes preiszugeben. Dieser entschlossene Wille muß aber auch in der Heimatarmee vorhanden sein, und ihn erhält man nicht mit übertriebenem autoritären Druck, sondern man erhält und stärkt ihn immer aufs neue wieder durch die gemeinsame Ueberlegung des Notwendigen und Möglichen, bei der nicht der eine Teil Hammer, der andere Amboss ist, sondern auf beiden Seiten soweit möglich der freie Wille respektiert und die Anerkennung des Wertes der gegenseitigen Tätigkeit als Vorbedingung des Ganzen gilt. Die deutsche Arbeiterschaft, wenigstens die christliche, hat es an letzterem den Unternehmern gegenüber nie fehlen lassen. Umgekehrt war durchweg das Gegenteil der Fall. Es ist genug kein Außenmaßstab in der Geschichte des deutschen Unternehmertums, daß es einschneidender Verordnungen unter dem Druck des Krieges bedurft hat, um hier Wandel zu schaffen. Wären die Unternehmer klug, so würden sie wenigstens nachträglich etwas mehr Großzügigkeit an den Tag legen. Statt dessen ist gerade das Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes der Ausgangspunkt zu neuer unterminierender Tätigkeit der Unternehmer gegen die anerkannten Arbeiterorganisationen gewesen.

Hilfsdienstgesetz und Lohnentwicklung.

Allerdings: der Vaterländische Hilfsdienst hat dadurch, daß er die Arbeiterorganisationen zur gleichberechtigten Mitwirkung berief, eine so entschiedene Wahrnehmung der Arbeiterinteressen ermöglicht, daß manchen Unternehmern, namentlich denjenigen von starker Wirtschaftskraft, die alleinige Kuppelung der wirtschaftlichen Entwicklung während des Krieges unterbunden worden ist. Dadurch, daß die Arbeiterinteressen wirksame Vertretung fanden, konnten nämlich auch die Lohnverhältnisse der Arbeiter bis zu einem gewissen, wenn auch bei weitem nicht ausreichenden Maße den Kosten der Lebenshaltung angepaßt werden. Seitdem freilich ist immer schärfer die beschämende Tatsache in die Erscheinung getreten, wie gering die Leistung des deutschen Arbeiters, namentlich im Hinblick auf ihre Bedeutung für das Kriegsergebnis, doch immer noch eingeschätzt wird. Ob mit oder ohne System: seit der Aufbesserung der Lohnverhältnisse der Arbeiter — oder vielmehr nur eines Teiles derselben — hat sich eine geradezu überliche Höhe gegen die deutsche Arbeiterschaft geltend gemacht. Die schlimmsten Ausbeuter der Kriegsnötlage und die ärgsten Kriegswucherer werden nicht so außerordentlich und hierin hinsichtlich der Verwendung ihres Einkommens untersucht, wie die Arbeiter. Ueberall nur sieht man die Ausnahme von der Regel, und was das einzelne Mitglied des Standes oder der Klasse der Arbeiter Anstößiges tut, wird mit einer geradezu unglaublichen Rechtfertigung dem ganzen Stande und der Klasse an die Modische gehängt. Die Höhe nimmt einen geradezu gemeingefährlichen Charakter dadurch an, daß die Auffassung im Volke zu verbreiten gesucht wird, als ob die Lohnerhöhungen die hauptsächlichste Ursache der Teuerung der Lebenshaltung sei. Es werden also Ursache und Wirkung geradezu miteinander vertauscht, um die Leidenschaften gegen die Arbeitermassen aufzufachen. Wer nicht ganz mit geschlossenen Augen durch die bisherige Kriegszeit gegangen ist, muß wissen, daß seit Kriegsbeginn eine andauernde Teuerung der wichtigsten Lebensmittel zu verzeichnen haben. Die Löhne der Arbeiterschaft sind nur nicht etwa allmählich und gleichmäßig

unter der Wirkung der Verschlechterung des Arbeitsmarktes für wesentliche Teile der Arbeiterschaft zurückgegangen. Obendrein verzichteten die Arbeiterorganisationen auf Lohnbewegungen, um nicht die allmähliche Anpassung der Verhältnisse des Wirtschaftsmarktes an die Kriegsnötlage zu erschweren oder zu gefährden. Während hatte sich die Lage längst wieder konsolidiert, und die Kriegsgewinne unter den Unternehmern nahmen immer größeren Umfang an. Erst ganz allmählich traten die Arbeiter mit ihren Forderungen auf. Die Kluft zwischen den Kosten der Lebenshaltung und den Löhnen war schließlich eine so weite geworden, daß sich die Arbeitervertreter fast genierten, sie in ihrer Ungeheuerlichkeit ziffernmäßig zu belegen. Und erst als das Hilfsdienstgesetz eine umfassende organisierte Vertretung der Arbeiterinteressen wieder ermöglichte, brachten sie ihre Belege vor, und sollte der Ausgleich der beiderseitigen Verhältnisse (Lebenshaltung, Löhne und deren Kaufkraft) auch nur von fernem erfolgen, so mußte nun das Fortschreiten der Löhne zum Teil etwas springhaft vor sich gehen. Immerhin blieb auch dann die wirklich fühlbare Aufbesserung auf einzelne Arbeiterkategorien beschränkt. Alle bisher herausgelommenen rationalen Nachweise haben dargetan, daß weite Kreise der Arbeiterschaft heute noch auf Löhne gesetzt sind, die sie zum Hungern zwingen. Selbst in der Munitionindustrie ist ein Tagelohn von mehr als 10 M eine mäßige Ausnahme — und was sind denn schließlich 10 M angesichts der heutigen Teuerungsverhältnisse! Unser Volk sieht aber unter der Wirkung der geschickten Ungehörigkeit der Ausnahmen, kennt nur den Arbeiter, der ein „Heidengeld“ verdient, kennt nur die Arbeiterkraft, die angeblich das Gemüse und Obst „zu jedem Preise“ kauft, Kuchen isst und die teuersten Hüte und modernsten Kleider kauft. Was irgendeine Presse darüber bringt, wird von großen Kreisen des Volkes unbeachtet hingenommen. Was die Arbeiterpresse, gestützt auf tatsächliche Belege, dagegen schreibt, prallt am Panzer des einmal vorhandenen Vorurteils ab.

Die Bewertung der Handarbeit.

Bei solcher Sachlage kommt die Arbeiterschaft nicht daran vorbei, die Dinge auch einmal unter etwas anderem Gesichtswinkel zu betrachten. Es muß einmal allen Ernstes die Frage aufgeworfen werden, in welchem Verhältnis denn überhaupt heute die Lohnarbeit oder, richtiger, die Handarbeit zu den übrigen Funktionen des gewerblichen und allgemein wirtschaftlichen Prozesses steht. Und da nun wird jeder unbefangene Beobachter eingesehen müssen, daß sich da eine sehr bedeutsame Verschiebung zugunsten der Handarbeit unter dem Druck des Krieges vollzogen hat. Ist sie schon in normalen Zeiten lediglich ausschlaggebend, so ist es jetzt doppelt und dreifach. Heute werden die höchsten auf den wichtigsten Gebieten großenteils von den Händen zur Befügung gestellt oder doch durch sie vermittelt. Die Funktion des freien Unternehmers hat daher schon in dieser Hinsicht für die Zeit des Wirtschaftszwanges infolge des Krieges an Bedeutung eingebüßt. Sie hat es auch sonst. Dem Spürsinn und der Initiative des Unternehmers, die sonst die Welt umspannen und schwerer Wirtschaftsfunktion die Hauptgrundlage geben, sind die Löhre verarmt. Sie können sich nicht betätigen. Ferner unterliegt das Transportwesen staatlicher Beeinflussung. In Erwerbszweigen, wie beispielsweise die Schuh- und Lederindustrie, unterscheidet sich das Unternehmerverhältnis heute kaum vom Angestelltenverhältnis. Anderswo ist es ähnlich. Die Arbeitsmethoden werden durch die Kriegsnötlage in weitem Umfange uniformiert; auch da scheidet das eigentliche „Unternehmen“ vielfach aus. In manchen Branchen geht die Unternehmerfunktion heute kaum über das Furniergeschäft hinaus. Dabei bringt die Zusammenlegung der Betriebe unter der Wirkung des Hilfsdienstgesetzes wiederum vielen Unternehmern Entschärfungen, die in der Unternehmung im eigentlichen Sinne gar

kaum als eigenes Verdienst in Anspruch nehmen können. Während derzeit also die Bedeutung dieser Funktionen einschrumpft, erhöht sich der Wert der Handarbeit auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiete — denn wir kämpfen ja um die Erhaltung unserer staatlichen und nationalen Existenz — außerordentlich. Auf ihr, auf den Leistungen der Handarbeit, beruht heute nahezu alles, insbesondere das Gelingen unseres Existenzkampfes, denn ein schlecht bedientes Heer geht trotz höchster Kraftleistungen zugrunde. Und da sollte die Handarbeit ruhig zusehen, wie die Kriegsgewinne der Unternehmer und Händler anschwellen, und selbst nur immer wieder entlagen, verächtlich, um schließlich körperlich zusammenzubrechend.

Wir müssen doch endlich mal heraus aus der Anschauung, daß der Arbeiter kümmerlich leben, daß er auf dem Abwärtenteil an dem Ertrage der gewerblichen Erzeugung verzichten müsse, weil er Arbeiter ist. Die Handarbeit muß wieder zu Ehren kommen. Sie muß ihrer Bedeutung entsprechend gewertet werden. Letzten Endes kommt es dabei auf das starke und entschiedene Wollen der Arbeiter selber an: sie müssen sich durchsetzen. Wenn die jetzigen Verhältnisse sie nicht aufrütteln, müßte man an der Zukunft der Arbeiterschaft verzweifeln. Wenn aber das Hilfsdienstgesetz, das die Arbeiterschaft auch des letzten weltverlorenen Dorfes erfaßt, in dieser Hinsicht einschneidende Wirkungen hat, kann das nur begrüßt werden. Das Bewußtsein des einzelnen, daß seine Leistung die gebührende Anerkennung findet, dient der Kräftigung, von der oben die Rede gewesen, ohne jeden Zweifel.

Die Aufrüttelung der Arbeitermassen durch das Hilfsdienstgesetz ist den Gewerkschaften in bezug auf die Wiederauffüllung ihrer Mitgliederbestände von großem Nutzen gewesen. Unter den von den Gesetzeswirkungen erfaßten Arbeitermassen konnte die gewerkschaftliche Auffassung Fuß fassen. Die Arbeiterorganisation ist in den weiten Kreisen erst der Wegweiser, der die Arbeiterschaft zu richtiger Benutzung des Gesetzes führt.

Während war die allgemeine Bewegung in der Arbeiterbewegung der Gewerkschaften schon in der Zeit vor dem Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes festzustellen. Die große Kluft zwischen den Kosten der Lebenshaltung und der Höhe des Lohnstandes ist eben für den Arbeiter der stärkste Anreiz, die Vertretung seiner Interessen einer darauf eingestellten Vereinigung in die Hand zu geben. Immerhin hat die aufsteigende Tendenz durch die Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes eine starke Förderung erfahren. Das hat sich im laufenden Jahre sehr bemerkbar gemacht. Heute kann wohl mit Bestimmtheit die gesamte Mitgliederziffer der christlichen Gewerkschaften in der Heimat auf rund 230 000 angegeben werden.

Gegenüber solchen Feststellungen werden vielleicht die Unternehmer sagen: „Da sieht man's, die Gewerkschaften geben offen die Unterstützung zu, die ihnen durch den Vaterländischen Hilfsdienst zuteil geworden ist! Sollte das nicht bedenklich stimmen?“ Das wäre ganz in der Art gesprochen, wie man es seither in Deutschland zu tun gewohnt war. Alles, was den Arbeiterorganisationen zugute kam, mußte mit höchstem Mißtrauen beobachtet werden. Daß die Unternehmer während des Krieges ihre Organisationen in bisher nie gekannter Weise ausbauen konnten; daß ihre Bestrebungen durch den behördlichen Zwang zur Kartellierung und Syndizierung einen wesentlichen Anreiz erhielten; daß ferner die landwirtschaftlichen Organisationen eine durch die Konsumenten nur allzu leicht verführte Herrschaft ausüben — das alles ist nun in der Ordnung. Daß aber die Arbeiterorganisationen von der Lage profitieren, wird mit ganz anderen Augen betrachtet. Das geschieht deswegen, weil die Funktionen der Arbeiterorganisationen für unser Wirtschafts- und Gesellschaftsleben noch kaum erfaßt werden. Daß sollte gerade der Vaterländische Hilfsdienst und die Ereignisse, die nach seiner Einführung stattgefunden haben, der schlagendste Beweis dafür sein, welche unersetzliche Bedeutung die Arbeiterorganisationen für die Sammlung aller Kräfte haben. Ist es, um nur eines zu erwähnen, nicht bezeichnend, daß die revolutionären Elemente in Deutschland bei ihren wichtigen Aktivitäten immer wieder den Anknüpfungspunkt für ihre Verhüllung bei Arbeitermassen in dem Verhalten der Gewerkschaften zum Vaterländischen Hilfsdienst suchen? Wann endlich wird die Zeit kommen, wo die Gewerkschaftstätigkeit sich nicht mehr auf die Bekämpfung ihrer unmittelbaren Interessen beschränkt, sondern auch auf die Erreichung der Ziele der Arbeiterbewegung? Wann wird die Gewerkschaften die Aufgabe der Arbeiterbewegung übernehmen?

Was die Arbeiter wollen!

leicht zu finden. Es kann jedem, der es ehrlich meint, nur angeraten werden, sich einmal in die Vorschläge zu vertiefen, die von den Gewerkschaften aus für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege gemacht worden sind und noch ständig neu gemacht werden. Man wird dabei die ganze Eigenart der Gewerkschaften herausfühlen und empfinden: ihre Abneigung gegen alles Phrasenhafte und lediglich Schönwetterische; ihre Beschränkung auf das, was unmittelbar zur Sache gehört; ihren geschulten Blick für das, was im Bereiche der Möglichkeit liegt; ihre Anpassung der Arbeiterforderungen an die Bedürfnisse der Allgemeinheit. Kein Gebiet, das für Deutschlands Zukunft irgendwie eine Wichtigkeit hat, ist außer acht gelassen. Hier wird nationale Arbeit im besten Sinne des Wortes geleistet, ohne daß löbliche Einleitungen und Ausschmückungen den Eindruck stören, daß es den Arbeiterorganisationen auf etwas anderes ankommt, als auf die Sache des deutschen Volkes. Hier ist der Weg gezeigt, wie die Sammlung der leider durch den Krieg stark zusammengeschrumpften Kräfte Deutschlands auch nach dem Kriege in einer Weise herbeigeführt werden kann, daß die Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes gesichert wird. Die Instanzen und Einrichtungen, die für die Weiterentwicklung Deutschlands die Verantwortung tragen, sollten sich auf diesen Boden stellen, um die Gestaltung der Zukunft in die Hand zu nehmen. Was zu Beginn des Krieges der damalige Staatssekretär Delbrück mit dem geschärften Blick des vor ungeheuren Verantwortungen gestellten Staatsmannes erkannte, daß nämlich die Gewerkschaften unentbehrliche Bestandteile unseres Wirtschaftslebens seien, das muß in der Zeit des Übergangs vom Krieg zum Frieden und erst recht in der Friedenszeit selber zur praktischen Anerkennung gelangen. Der Dampf um den Weltmarkt wird zum größten Teil durch die Arbeiterschaft ausgefacht werden müssen. Darauf, wie sie sich zu den Notwendigkeiten der Volks- und Weltwirtschaft stellt und welche Schlussfolgerungen sie für ihr praktisches Verhalten im Arbeitsprozeß zieht, kommt alles an. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, namentlich während der Kriegszeit, zeigt, daß diese Vertretungen der deutschen Arbeiterschaft bereit sind, ihre Stellung so einzunehmen, daß wir dem Riesenkampf mit dem Bewußtsein entgegensehen dürfen, obenauf zu bleiben. Müßte es in dieser Stunde nicht die wichtigste Aufgabe der für Deutschlands Geschick Verantwortlichen sein, auch die letzten Schranken hinwegzunehmen, um diese Organisationen als die wirklich berufenen Vertretungen der deutschen Arbeiterschaft in jeder Weise zur Geltung zu bringen?

Wir haben die Zubericht, daß die Gewerkschaften letzten Endes doch noch die ihnen zukommende Stellung in unserem Volksleben finden werden. Nicht etwa ausschließlich deswegen, weil wir uns von dem einen oder anderen leitenden Manne in dieser Hinsicht mehr oder weniger versprochen. Der Krieg hat gezeigt, daß auch in dieser Beziehung letzten Endes die Verhältnisse selber auf den rechten Weg drängen. Wieviel Kraft aber, die sonst in schädlichen Reibungen verpufft, kann gespart werden, wenn nicht alles dem Zwang der Verhältnisse überlassen wird, sondern vielmehr Einsicht und Verständnis der verantwortlichen Stellen der Zukunft willig vorarbeiten! Unter diesem Gesichtswinkel hat das Neuerwachen der Lebenskraft der deutschen Gewerkschaften keine besondere Bedeutung für die Allgemeinheit. Die stark geschwächten agitatorischen und organisatorischen Kräfte der deutschen Gewerkschaften, an die unter den heutigen Verhältnissen oft überwältigende Anforderungen gestellt werden, haben den festen Willen, der Gewerkschaftsbewegung einen machtvollen Weg in die Zukunft zu bahnen. Sie sind überzeugt, dadurch nicht nur der deutschen Arbeiterschaft in bester Weise zu dienen, sondern zugleich auch einen wertvollen Beitrag zu liefern, um die wichtigsten Voraussetzungen für Deutschlands Wiederaufbau zu schaffen.

Mitgliederentwicklung.

Es trifft zu, was wir bei Erhaltung des Jahresberichts für 1915 sagten: die Gewerkschaftsbewegung hat den wichtigsten Erfolg während des Jahres 1915 erzielt. Das Jahr 1916 bringt zwar auch noch einen Rückgang in den Mitgliederziffern; jedoch ist derselbe so gering, daß man fast von einem Jahre des Stillstandes reden kann, um so mehr, wenn die Ziffer zu Ende des Jahres 1916 in Betracht gezogen wird, die bereits bei beginnender Schwermühsung erhoben ist. Solches bringt die Lage in ruhigen Verhältnissen mit sich und dem. Bei einem Rückgang kann heute nicht davon die Rede sein, daß die Gewerkschaften...

Verbände haben den Tiefpunkt in ihrer Entwicklung überschritten.

Der Rückgang der Mitgliederzahl von 1915 zu 1916, berechnet an der Durchschnittsziffer dieser beiden Jahre, ist sehr gering. Er beträgt, da sich die Mitgliederzahl von 178 187 auf 174 300 verringerte, 1887 Mitglieder. Das entspricht einem Verlust von etwas mehr als 1 Prozent. Im vorigen Jahre, d. h. vom Durchschnitt des Jahres 1914 zum Durchschnitt des Jahres 1915, hatte der Verlust 106 607 Mitglieder = 37,7 Prozent betragen. Erheblich günstiger noch wird das Bild, wenn die Ziffern am Jahres Schluß in Vergleich gebracht werden. Alsdann haben wir einen Aufstieg von 162 426 auf 178 907 zu verzeichnen, also einen Gewinn von 16 482 Mitgliedern = fast 10 Prozent. In dieser Ziffer ist allerdings der durch den Neuananschluß zweier neuer Verbände an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gegebene Gewinn einbezogen. Es handelt sich um den Bayerischen Postverband, der sich mit 10 874 Mitgliedern dem Gesamtverband anschloß, und ferner um den neugegründeten Deutschen Angestelltenverband. Dieser letztere Verband war gerade vor Ausbruch des Krieges gebildet worden. Er war in erfreulicher Entwicklung begriffen, dann aber natürlich mit am stärksten in der Entwicklung zurückgeworfen und geriet erst recht in ein kritisches Stadium, als der wackere Verbandsvorsitzende eingezogen wurde. Seitdem der Verlust dieses Kollegen feststeht, ist der Verband von Oberfeld nach Köln verlegt und nunmehr wieder in guter Vorwärtsbewegung begriffen. Sieht man aber selbst von dem durch die neu angeschlossenen Verbände dem Gesamtverband zugeführten Gewinne ab, so bleibt auch dann noch ein Gewinn von 5251 Mitgliedern. Nimmt man zu der Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1916 die Zahl der zum Heere Einberufenen hinzu, die 157 031 beträgt, so ergibt sich, daß die Mitgliederziffer des Jahres 1916, des letzten Jahres vor dem Kriege, die Ziffer der am Ende des Jahres 1916 vorhandenen und die der einberufenen Mitglieder nur noch um einige Tausend übertrifft. Während der Berichtsperiode ist der Gärtnerverband in den Verband der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter aufgegangen.

War im vorigen Jahre der Gewinn der Durchschnittsziffer sozusagen restlos auf die überraschend gute Entwicklung des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterinnen zurückzuführen, so sind im Berichtsjahr an dem Aufstiege in der Durchschnittsziffer neben den Heimarbeiterinnen, die wiederum um mehr als 8000 zunahmen, insbesondere noch die Deutschen Eisenbahner mit über 4000 Mitgliedern, und mit kleineren Gewinnen ferner die Verbände der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter, der Tabakarbeiter, der Militärhandwerker, der Telegraphenarbeiter beteiligt. Zu diesen Verbänden gesellen sich, was den Aufstiege der Ziffer zum Schluß des Jahres anbelangt, die Metallarbeiter mit rund 4000, die Bergarbeiter mit rund 700, die Tabakarbeiter, die Fabrikarbeiter und die Württembergischen Eisenbahner. Von Verlusten sind am meisten betroffen die Textil-, Bau-, Holz-, Nahrungsmittelindustriearbeiter, ferner die Verbände der Gemeindefarbeiter und Straßenbahner, die Keram- und Steinarbeiter, Maler, Schneider, Gasthausangestellten, der Verband der graphischen Gewerbe, sowie der Gutenbergbund. Im allgemeinen ist auch im Berichtsjahr insofern die Tendenz dieselbe geblieben, als wiederum verhältnismäßig am meisten, neben den Textilarbeitern, die Verbände der handwerksmäßigen Berufe zu bluten hatten. Auf der anderen Seite bemerkt man in der Entwicklung bereits den Einfluß, den die Konsolidierung der Munitionsindustrie ausgeübt hat, die dann später, im Anschluß an den Vaterländischen Hilfsdienst, den beteiligten Verbänden einen ungeahnt schnellen Wiederaufschwung ermöglichte, mit dem bereits erwähnten Ergebnis, daß die heutige Mitgliederziffer, abgesehen von den rund 157 000 Einberufenen, rund 230 000 beträgt.

Während im vorigen Jahre noch die Zahlen der weiblichen Mitglieder sich um 1382, also verhältnismäßig sehr wenig vermindert hatten, ist dieses Mal eine Zunahme der weiblichen Mitglieder um 4522 zu verzeichnen. Wiederrum entfällt der Abwärtenteil auf die Heimarbeiterinnen. Uebrigens kommt aber auch der Verband Deutscher Eisenbahner in Betracht. Dieser Verband hat im Berichtsjahre die Organisation der weiblichen Eisenbahner mit großem Geschick und sichtlich gutem Erfolge in die Hand genommen. Auch sind die Verbände der Tabak-, sowie der Fabrik-, Verlehd- und Hilfsarbeiter, der Schneider usw. an dem Aufschwunge der weiblichen Mitgliederziffer beteiligt.

Rassenverhältnisse.

Bei Betrachtung der Rassenverhältnisse ergibt sich...

Die Mitgliederziffern, indem sie nämlich einen geringen Rückgang aufzuweisen haben. Die Einnahmen gingen von 3 317 847 M auf 3 231 432, d. h. also um 86 415 M, zurück. Bemerkenswert ist der Rückgang der Ausgaben von 3 505 807 auf 2 901 243 M, also um 604 564 M. Dementsprechend hat der Vermögensbestand eine Verbesserung erfahren, nämlich von 7 545 376 M auf 7 901 531 = 356 155 M.

Der Hauptposten in den Einnahmen, nämlich derjenige der regelmäßigen Beiträge, hat sich auf annähernd gleicher Höhe gehalten, wie im vorigen Jahre. Der Rückgang von etwa 150 000 M an Beiträgen, der zu bemerken ist trotz Erhöhung der Mitgliederbestände mancher Verbände, beruht darauf, daß, wenigstens im Durchschnitt des Jahres, noch diejenigen Verbände an Mitgliederzahl abgenommen haben, deren Mitglieder die höheren Beiträge bezahlen, nämlich die Verbände für die handwerksmäßigen Berufe, während die gewinnenden staatlichen Arbeiterverbände ebenso wie die weiblichen Mitglieder geringere Beiträge entrichten. Das wirkt auf deren Gesamtsumme selbstverständlich zurück. Auch die übrigen Posten der Einnahmen haben sich auf annähernd gleicher Höhe gehalten, wie im vorigen Jahre. An den rund 7000 M Einnahmen mehr für Ausnahmegebühren merkt man bereits die beginnende Aufschwungsperiode.

Auch in den Ausgaben sind im allgemeinen größere Abweichungen gegenüber dem Vorjahre nicht festzustellen. Das Bestreben, überall dort zu sparen, wo es möglich war, ist fernerhin unverkennbar. Erschwert wurde dieses Bestreben namentlich, soweit die Kosten für Verbandsorgane in Betracht kommen. Hier haben die Erhöhungen der Druckkosten sowie der Papierpreise einen empfindlichen Strich durch die Rechnung gemacht. Darauf beruht in der Hauptsache das Anschwellen der Ausgaben für die Verbandsorgane. Die Agitationskosten blieben sich ungefähr gleich; ebenso die Ausgaben für die Streiks- und Gemäßregelungenunterstützung, die wiederum im Vergleich zu den Ziffern des Friedens fast völlig wegfielen. Reise- und Arbeitskostenunterstützung konnten um rund 60 000 M zurückgedrängt werden, was sich aus der ständigen Verbesserung des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit den zunehmenden Einberufungen erklärt. Eine Verringerung erfuhren die Ausgaben für Krankenunterstützung und Sterbegeld, während der Rechtschutz eine Kleinigkeit mehr erforderte. Auffällig ist der Sturz in den Ziffern für die sonstigen Unterstützungen. Hier beträgt der Rückgang fast eine halbe Million Mark. Die Erklärung dafür ist darin zu suchen, daß hauptsächlich auf Betreiben der Arbeitervertretungen das Unterstützungswesen für die Angehörigen der Krieger sowohl wie auch das sonstige öffentliche Unterstützungs- wesen eine ständige Verbesserung erfahren hat. Demgemäß konnten die gewerkschaftlichen Unterstützungen, die in der ersten Zeit des Krieges allzusehr die mangelnde öffentliche Unterstützungstätigkeit hatten ersetzen müssen, allmählich auf ein geringeres Maß herabgesetzt werden. Persönliche und sachliche Verwaltungskosten ebenso wie Ausgaben für Bibliothek- und sonstige Bildungszwecke differieren kaum gegenüber dem Vorjahre. Der Beitrag an den Gesamtverband, der bereits im vorigen Jahre 45 Prozent zurückgegangen war, fiel im Jahre 1916 um ein weiteres Drittel. Darin kommt ebenso wie in der Abnahme der regelmäßigen Beiträge der bisherige Rückgang am augenfälligsten zum Ausdruck. Der Anteil der Lokalkassen, der im Vorjahre um 3 33 000 M sich vermindert hatte, erfuhr eine weitere Minderung um etwa 100 000 M.

Im großen und ganzen wird man bei der Prüfung derassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften zu dem Ueberzeugung kommen, daß die Finanzwirtschaft dieser Verbände eine gesunde ist, indem sie sich durchaus in dem Rahmen der gegebenen Möglichkeiten hält und nie die Vorsorge für die Zeit nach dem Kriege aus dem Auge läßt. In einem Augenblick, wo die organisierten Unternehmer alles aufbieten, um nicht nur ihre Reihen so geschlossen wie möglich zu halten, sondern auch sich auf eine stärkere Finanzkraft zu stützen, kommt dieser Vorsorge der christlichen Gewerkschaften ganz besondere Bedeutung zu. Die finanziellen Möglichkeiten sind immer mehr als eines der ausschlaggebenden Momente für den Erfolg der gewerkschaftlichen Unternehmungen erkannt worden. Unter diesem Gesichtswinkel möge namentlich die Verneuerung des gesamten Vermögensbestandes gewertet werden.

Allgemeines

Das Eisenerz erhielt folgende Kollegen: **Comitagsleiter Theodor Salsow**, Mitglied der Zahlstelle **Gamma**; **Kaufmann Engel** und **Anton Kreis**, Mitglieder der Zahlstelle **Gamma**; **Anton Kreis**, Mitglied der Zahlstelle **Gamma**; **Anton Kreis**, Mitglied der Zahlstelle **Gamma**.

Am Sonntag, den 9. September, ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

Befördert wurde Kollege **Anton Seibel**, Mitglied der Zahlstelle **Hörde**.

Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes. Wie die „Bauwelt“ mitteilt, haben sich der Verband der deutschen Tiefbauunternehmer und der Tiefbauarbeitgeberbund für Deutschland zu einem Verband geeinigt. Die neue Ordnung führt den Namen Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes. Den Vorstand bilden Ingenieur Dr. Krause-Berlin, Schöttler-Berlin, Hagen-Berlin, Dr. Kölle-Frankfurt am Main, Berger-Berlin, Kuntze-Berlin und Lange-Hannover.

Die Fürsorge für die arbeitenden Frauen. Der Kaiser hat auf Veranlassung der Kaiserin für die Aufgaben des nationalen Ausschusses für Frauenarbeit im Kriege beim Kriegsamte die Summe von einer Million Mark aus den ihm für die Kriegsfürsorge zur Verfügung stehenden Mitteln bewilligt, um die für die arbeitenden Frauen Deutschlands erforderlichen Fürsorgemaßnahmen weiter ausgestalten zu können. Der Wunsch der Kaiserin, der bereits in einem Schreiben an den Chef des Kriegsamtes Generalleutnant Groener über die Notwendigkeit der Fürsorge für die Arbeiterinnen zum Ausdruck kam, findet hierdurch eine tatkräftige Unterstützung. Die Hoffung ist berechtigt, daß alle Kreise, besonders die Industrie, zum verstärkten Ausbau der Frauenfürsorge auch ihrerseits weitere Mittel bereitstellen werden.

Reichswohnversicherung. Der Provinzialverband Rheinprovinz deutscher Krankenkassen, Sitz Aachen, nahm in seiner ersten, am 15. Juli in Aachen abgehaltenen Hauptversammlung nach einem Vortrag von Hochschulpfessor Dr. Schmittmann über „Bevölkerungspolitik und Wohnungsfrage“ folgende Entschliessung an: „Die Versammlung ist einstimmig der Ansicht, daß die aus Gründen der Bevölkerungspolitik dringend notwendige Lösung der Wohnungsfrage nur mit Hilfe des Versicherungsgedankens nach den Vorschlägen des Hochschulpfessors Dr. Schmittmann, niedergelegt in dessen von der Gesellschaft für soziales Recht herausgegebenen Schrift „Reichswohnversicherung“ (Verlag Enke, Stuttgart) möglich ist. Die Hauptversammlung des Provinzialverbandes Rheinprovinz deutscher Krankenkassen überweist diese Entschliessung der Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes in München zur Annahme und Weitergabe an die Reichsregierung.“

Desgleichen hat die Volksversammlung der Landesversicherungsanstalten in Heidelberg am 20. und 21. Juni 1917 folgende Entschliessung betreffs Ausbau der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung im Interesse der Bevölkerungspolitik angenommen:

„Der seit 1901 in verstärktem Umfang eingetretene Geburtenrückgang fordert unabwieslich, daß ohne weiteren Verzug in großzügiger Weise mit wirksamen Mitteln eingegriffen werde. Soweit es sich dabei um eine Linderung der wirtschaftlichen Nöte der linderreichen Familien, darunter insbesondere auch der Wohnungsnot, und um eine Bekämpfung der Lebensaufzählung der Bevölkerung handelt, ist bei einem zweckentsprechenden Ausbau der Sozialversicherung von deren als Stützen der Volkskraft bewährten Trägern eine erfolgreiche Tätigkeit zur Bekämpfung des Geburtenrückganges zu erwarten.“

Die Gründe der Milch- und Butternot. Am 20. Juli 1916 erging die Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Speisefetten, durch welche eine Reichsstelle errichtet wurde. Gleichzeitig wurden in dieser Verordnung vom Reichskanzler Bestimmungen über die Bewirtschaftung, die Verbrauchsregelung und die Preisgestaltung gegeben. Am 24. Juli 1917 sieht sich die preussische Landesregierung gezwungen, darauf hinzuweisen, daß noch nicht in allen Kommunalverbänden den grundlegenden Anforderungen einer Organisation zur Erfassung von Butter und Milch und zur Kontrolle des Verkehrs genügt sei. Insbesondere vermisst sie noch den Nachweis, daß überall Kreisstellen mit hauptamtlichen Leitern errichtet, und daß eine genügende Anzahl von Revisoren angestellt seien. Auch über die Durchführung der vorgeschriebenen Molkereibuchführung, über deren Kontrolle und über die Tätigkeit der Aufkäufer ist sie jetzt, nach Jahresfrist, noch nicht im Klaren. Wenn es also bisher noch des Nachweises der eifrigsten, verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reichs- und Landesbehörden bedürft hätte — hier ist er einwandfrei erbracht!

Kohlenversorgung in Großstädten. Die Erfahrungen des letzten, allerdings sehr strengen Winter zeigen, daß die öffentliche Stellen geradezu die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrand in die Hand zu nehmen und sicherzustellen. In Bayern hat selbst der König Anlaß genommen, sich dieser Sache besonders anzunehmen. Die Reichs- und Landesstellen, die Gemeinde- und Stadtoberverwaltungen hat der Ruf nach Kohle aufgeschrien, und allenthalben werden Vorkehrungen getroffen, um eine Kohlenkatastrophe von der Bevölkerung fernzuhalten. Diesbezüglich hat die Stadt Stuttgart großzügige Maßnahmen getroffen. Durch Beschluß der städtischen Kollegien vom 3. August 1917 werden von der Stadt zum Kohlenkauf zunächst zwei Millionen Mark ausgeworfen. Die Zuteilung erfolgt durch eine viergliedrige Stadtkommission in Verbindung mit den Händlern. Die Versorgungsregelung erfolgt so, daß zunächst niemand mehr als 25 Zentner Hausbrandkohle erwerben und die Händler auch nicht mehr als diese Menge liefern dürfen. Die Kohlenhändler werden gefast, da am 1. September die Kohlenhändler werden.

eine Bestandsaufnahme angeordnet ist und vom 1. November d. J. ab den Gemeinden das Recht der Enteignung solcher Brennstoffmengen, die über den zulässigen Bedarf hinausgehen, eingeräumt ist. Ein möglichst sparsamer Kohlenverbrauch bei städtischen Stellen und privaten Betrieben ist ins Auge gefaßt. Dabei ist selbst an die Zusammenlegung von Krankenhäusern und Lazaretten gedacht. Der Schulbetrieb wird auf vier Tage in der Woche beschränkt. Eine Eindeckung der Museen, Kinos wird überhaupt nicht erfolgen. Ob durch Einführung der durchgehenden Bureau- und Arbeitszeit an Kohle gespart werden kann, wird noch geprüft. In Verbindung mit einer stärkeren Kohlenförderung und -anfuhr dürften derartige Maßnahmen ausreichen, um die Bevölkerung mit den notwendigen Mengen Kohlen zu versehen. Es ist das sehr zu wünschen, ebenso, daß die Preisfrage, namentlich für die Winderbemittelten, eine entsprechende Lösung findet.

Gewinnergebnisse der Kriegsinindustrie. Wie wir dem „Berl. Tagebl.“ entnehmen, hatte das Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund im letzten Geschäftsjahr folgendes Betriebsergebnis: Die Gewinne sind beträchtlich gestiegen. Die Dividende wird von 20 auf 24 Prozent erhöht. Der Rohgewinn stellt sich auf 27 588 098 M (1915/16: 13 601 002). Zu ordentlichen Abschreibungen werden 4 214 930 M gegen 4 229 716 M und zu außerordentlichen Abschreibungen 6 028 755 M gegen nur 530 000 M verwendet. Einschließlich 184 931 M Vortrag stellt sich der Ueberschuß auf 17 529 284 M gegen 9 045 833 M. Daraus werden 3 Millionen Mark (0) als Rücklage für die Kriegsgewinnsteuer verwendet, 172 945 Mark (18 500) gehen an die Talonsteuerreserve, 500 000 M (650 000) an die Albert-Hoesch-Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse, je 1 Million Mark (0) an die Beamten- und Arbeiterunterstützungskasse, 1 Million Mark (150 000) werden für Kriegswohlfahrtszwecke und wieder 1 Million Mark als Rücklage für Bergschäden betriebsgestellt, 2 Millionen Mark gegen 1 Million Mark werden für Umstellung der Betriebe in die Friedenswirtschaft zurückgestellt. Die Dividende von 24 Prozent nimmt 6 720 000 M in Anspruch (20 Prozent = 5 609 000 M). Der Vortrag auf neue Rechnung erhöht sich von 181 951 Mark auf 532 201 M. — Im Vergleich mit den Vorjahren ergibt sich folgendes Bild:

| | 1916/17 | 1915/16 | 1914/15 | 1913/14 |
|-------------------------|------------|------------|-------------|-----------|
| Vortrag | 184 951 | 151 548 | 2 699 004 | 1 886 800 |
| Betriebsergebnis | 27 588 098 | 13 601 002 | 5 459 484 | 9 056 361 |
| reguläre Abschreibungen | 4 214 930 | 4 229 716 | 4 373 790 | 4 252 176 |
| Sonderabschreibungen | 6 028 755 | 530 000 | — | — |
| Ueberschuß | 17 529 284 | 9 045 833 | 8 784 548 | 1 190 784 |
| Dividende | 6 720 000 | 5 609 000 | 8 120 000 | 3 000 000 |
| in Pct. | 24 % | 20 % | 12 Bzw. 8 % | 15 % |
| für Wohlfahrtszwecke | 3 500 000 | 800 000 | 500 000 | 200 000 |
| Rücklagen | 6 172 245 | 2 016 500 | — | 14 180 |
| neuer Vortrag | 532 201 | 184 951 | 161 548 | 2 699 004 |

Die Dividende hat nunmehr den höchsten Stand, den sie im Jahre 1912/13 aufgewiesen hatte, wieder erreicht. Obengenanntes Blatt bezeichnet dieses Ergebnis als sehr günstig. Man wird dem bestimmen müssen.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Köln.

Heisweid bei Siegen, den 20. August 1917. Da auch im Siegerlande die Privatbäuerliche Tätigkeit ruht, sind wir Bauarbeiter auf die Bauarbeiten und Reparaturen auf den Fabriken angewiesen. Die Fabrikbetriebe sträuben sich jedoch, die für das Baugewerbe vereinbarten Löhne zu zahlen. Um das zum Leben Notwendigste bestreiten zu können, sind die Bauarbeiter dazu gezwungen, Tag und Nacht und Sonntags auf den Werken zu arbeiten. So ist es auch auf der hiesigen Bremerhütte der Fall. Früher hielten sich die Bauarbeiter der Organisation fern, wodurch die Werte nicht daran gehindert werden konnten, denselben Stundenlohn zu bezahlen, wie der Lohn zwischen den Arbeitgeber- und Bauarbeiter-Organisationen vereinbart ist. Es ist dann gelungen, die Bauarbeiter der Bremerhütte in ihrer Mehrheit der Organisation zuzuführen. Die organisierten Kollegen haben damit auch immer wieder Versuche gemacht, eine Steigerung des Lohnes durchzusetzen. Einzelne kleine Aufbesserungen wurden auch erzielt, doch der Lohn, wie er im privaten Baugewerbe gezahlt wird, konnte nicht erreicht werden. Nachdem mittlerweile die Kollegen für die Organisation gewonnen waren, konnte durch die Organisationsleitung offiziell die Forderung auf Zahlung des Tariflohnes an die Direktion gestellt werden. Das geschah am 21. Mai. Eine Antwort gab die Firma nicht. Eine allgemeine Lohnbewegung, die die ganze Belegschaft erstrebte, brachte auch keinen Erfolg. Unsere durch die Organisationsleitung eingereichte Forderung wurde dann dem laut Hilfsdienstgesetz bestehenden Arbeiterausschuß übergeben, damit dieser die Forderung der Direktion gegenüber vertrete. Dieses führte indessen auch nicht zum Ziel. Der Arbeiterausschuß brachte dann die Forderung vor den Schlichtungsausschuß am Bezirkskommando in Siegen und beauftragte zur Vertretung der Forderung den Bezirksleiter Kollegen Lange. Zur ersten Sitzung erhielt der Arbeiterausschuß telegraphische Einladung, so daß es nicht möglich war, den Bezirksleiter schnell heranzuziehen. Eine Einigung wurde in dieser Sitzung nicht erzielt, und die Angelegenheit vertagt. In der zweiten Sitzung, die am 17. August stattfand, wurde dann der Bezirksleiter zugelassen. Eine Einigung wurde auch hier nicht erzielt. Es kam daher zur Fällung eines Schiedspruches. Dieser geht dahin: „Die Zahlung eines Mindestlohnes wird abgelehnt. Bei normal geleisteter Arbeit werden für Maurer 84 Pf. für Hilfsarbeiter 74 Pf. pro Stunde gezahlt.“ Der bisherige Lohn betrug 71—73 Pf. für Maurer und 45—60 Pf. für Hilfsarbeiter. Der Erfolg ist für die Kollegen beachtenswert. Hauptsächlich kommt die Wert-

leitung dem Schiedspruch nach. Geschiedt das nicht, dann besteht für die Kollegen das behördlich genehmigte Recht, allgemein den Arbeitschein zu nehmen, der nicht verweigert werden kann. Es heißt für die Firma, entweder gemäß dem Schiedspruch zahlen, oder es steht den Arbeitern der Arbeitschein zu, damit sie da arbeiten können, wo sie den höheren Lohn verdienen. Diese Möglichkeit ist in überreichem Maße vorhanden.

Die Werte aber sollten sich schämen, daß sie nicht einmal den Stundenlohn zahlen, den jeder Bauunternehmer mindestens zahlt. Bei den Kriegsgewinnen, die die Kriegsindustrie heute macht, ist es unerschön, sich erst von dem Schlichtungsausschuß dazu verurteilen zu lassen, den allgemein üblichen Lohn zu zahlen.

Wären die Bauarbeiter der Fabrikbetriebe schon in Friedenszeiten organisiert gewesen, und wären die Werte an die Zahlung der im Bauergewerbe zwischen den Organisationen festgelegten Löhne gewöhnt, dann wäre mancher Nachteil vermieden.

Nunmehr muß die Geschlossenheit der Kollegen in der Organisation für alle Zukunft beibehalten werden. Geschiedt das, dann lebt es sich auch auf den Werken ein, daß es eine Selbstverständlichkeit ist, die im Bauergewerbe allgemein festgelegten Stundenlöhne zu zahlen.

Bezirk Berlin.

Zwischen dem Verband der Zielesgeschäfte Groß-Berlins und den am Orte daran beteiligten Organisationen wurde folgendes Tarifabkommen getroffen:

Der Vertrag vom 20. Februar 1913 bleibt, abgesehen von den nachstehend ausdrücklich ausgeführten Änderungen und Zusätzen in allen seinen Teilen als für die Vertragsparteien verbindlich in Geltung.

Folgende Änderungen werden festgesetzt:

I. Zu § 1a.

Table with columns for date ranges (e.g., 1. August 1917 bis 16. August 1917) and corresponding tariff rates (e.g., 1.00 M. + Kriegsteuerzuschlag -0,50).

II. Zu § 1d.

Table with columns for date ranges and tariff rates for Hilfsarbeiter der Zielesbranche (e.g., 71 1/2 M. + Kriegsteuerzuschlag -0,56 1/2).

III. Zu § 16.

Innerhalb des bis zum 31. März 1918 laufenden Tarifvertrages vom 20. Februar 1913 sollen in Abänderung desselben die vorstehend angegebenen Lohnsätze bis zum 31. Oktober 1917 Gültigkeit haben.

Die Verhandlungen müssen bis zum 15. Oktober 1917 ihren Anfang genommen haben.

Bezirk Nürnberg.

Die Verhältnisse im Bezirk Nürnberg lassen sowohl nach Seiten der Arbeitgeber wie auch nach Seiten unserer Mitglieder manches zu wünschen übrig. In Ansbach wird zurzeit die Fahrzeugfabrik vergrößert. Ein berühmtes Mitglied unseres Verbandes arbeitet dort bei der Firma S. Wolf, München. Der Kollege ist in der Nähe von München verheiratet, und hat dort auch seinen ständigen Wohnsitz. Er wurde von der Garnison Würzburg nach München entsandt, und glaubte auch dort arbeiten zu können. Die Firma wollte den Kollegen nach Ansbach an obengenannten Arbeitsplatz. Die Kriegszulage wurde zwar dem Kollegen bezahlt, aber die langjährige Entlohnungszulage nicht. Nach mehrmaliger Aufforderung gab der Kollege zur Antwort, daß er nicht mehr an die Bauarbeiterschaft denken möchte, man solle ihm das Recht lassen, sich zu bewegen. Weiterhin gab er an, daß er sich nicht mehr für die Bauarbeiterschaft interessieren möchte, sondern nur noch für die Familie. Der Kollege gab dem Kollegen bei Würzburg, welchem eine Bitte zu holen, dieser sagte, daß er nicht mehr an die Bauarbeiterschaft denken möchte, sondern nur noch für die Familie.

zu Unrecht abgezogene Betrag zurückverlangt, aber immer vergebens.

In der Verwaltungsstelle Forchheim werden auch heute noch Klagen darüber geführt, daß die Feuerungszulage nicht überall restlos bezahlt wird. An dieser Nichtzahlung sind auch unsere, sowie die frei organisierten Bauarbeiter nicht schuldlos. Einer von diesen war früher unser Kassierer in einer Zahlstelle der umliegenden Orte. Bei Ausbruch des Krieges glaubte er den Verband nicht mehr nötig zu haben, hat auch trotz mehrmaliger Aufforderung des Bezirksleiters bis heute keine Beiträge mehr bezahlt. Woher kam dies? Er wurde sozusagen Disziplinier, und nun hätte er es recht nicht nötig. Anstatt für seine Kollegen einzutreten, um die Zulage herauszuholen, wehrte er sich schliesslich ab. Die Kollegen von Forchheim werden sich dies wohl zu merken haben, bis nach dem Kriege; es wird alsdann über das eine und andere noch ein ernsthaftes Wortchen geredet werden.

Besser steht es in der Verwaltungsstelle Kitzingen. Dort wird die Feuerungszulage restlos bezahlt; warum? weil die Kollegen unseres Verbandes dahinterstehen. Hossentlich arbeiten sie so weiter und sorgen dafür, daß die Kollegen restlos unserem Verband beitreten. Diese Vorgänge sollten die Kollegen dahin belehren, daß sie mehr wie bisher für unseren Verband tätig sein müssen, denn wo die Organisation stark und die Kollegen geschult sind, ist jederzeit ein Erfolg zu erwarten.

Verbandsnachrichten

Gamm (Westf.). Am Sonntag, den 19. August, fand die Verwaltungsstellen-Konferenz statt, die sich mit dem Bericht über die Tätigkeit des Verbandes vom ersten und zweiten Vierteljahr zu beschäftigen hatte. Die Vertreter sämtlicher Zahlstellen mit Ausnahme von Werne waren erschienen. Den Kassenbericht erstattete Kollege Blicher, welcher auch schriftlich den Delegierten übergeben wurde.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland:

- Georg Theis. Zahlstelle Niedereisenhausen.
Johann Tennie. Zahlstelle Offen, Maurer.
Josef Schregel aus Albaxen, Inhaber des Eisernen Kreuzes. Zahlstelle Neukirchen.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 18. August starb unser treuer Kollege Georg Kraus, Maurer. Verwaltungsstelle Amberg.

Ehre seinem Andenken!

Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 1044,87 M. Als Ausgabe wurden an Krankengeld 243,80 M., an Sterbegeld 116 M., an Militärunterstützung 5 M. geleistet, bar eingekandt wurden 680,07 M.

Die Einnahme der Verwaltungsstelle einschließlich des Kassenbestandes von Ende 1916 von 1451,66 M. betrug 2264,32 M., die Ausgabe 562,12 M. Es verbleibt ein Kassenbestand von 1702,20 M.

Den Revisionsbericht erstattete Kollege Franz Hirt, welcher alles in bester Ordnung befunden zu haben erklärte, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Aufgenommen wurden 19 Kollegen. Die Mitgliederzahl am Schlusse des 2. Quartals beträgt 102. Durch den andauernden Krieg und die große Feuerung ist die Agitation sehr erschwert. Das Vertrauensmännerwesen war aufmerksame Sorge des Vorstandes, und infolgedessen die Beitragsleistung befriedigend. Leider hat die Agitation nicht das Resultat gebracht, welches erhofft werden konnte. Der Erfolg der Feuerungszulage ist für viele Kollegen zu leicht und unbemerkt gekommen und daher nicht geschätzt worden. Infolge der angestrengten Tätigkeit der Kriegsindustrie werden gegenwärtig übergroße Anforderungen an die Arbeitskraft der Kollegen gestellt, da dieselben alle auf den Werken und Hecken beschäftigt sind. Dazu kommt die unzureichende Ernährung, welche auf Körper, Geist und Gemüt ungünstig einwirkt. Die Versammlungen wurden daher sehr schlecht besucht und konnten nicht regelmäßig stattfinden, und somit die Aufklärung über die die Arbeiterschaft interessierenden Fragen fast gar nicht betrieben werden.

Die erzielte Feuerungszulage wird von allen Mitarbeiter gezahlt. Auf den Hammer Beck & Co. Union und Westf. Drahtindustrie, wo ebenfalls viele Kollegen arbeiten, jedoch die Beitragsleistungen die Kollegen mit 50 Pf. pro Stunde, das keine Begründung für die nicht mehr und längere Arbeit abzugeben. Es kann, als die Kollegen auf der Westf. Union sind organisiert, und der Kassenbericht zeigt, daß die Organisation infolge der unzureichenden Beiträge nicht mehr weiter kommen kann. Die Aufklärung ist für die Zukunft wichtig, und die Beiträge der Kollegen müssen mehr beachtet werden, und die Arbeiterschaft der Bauergewerkschaft mit der Unterstützung der Kollegen der Bauergewerkschaft.

Erfolg, daß die Kollegen nunmehr einen Stundenlohn von 77 Pf. erhalten, Überstunden und Nacharbeit werden mit 50 Prozent, Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag vergütet, für heiße und nasse Arbeit wird ein Stundenlohn von 1 M. bezahlt. Bei außerordentlichen Arbeiten wird der Lohn vorher vereinbart. Angesichts der Tatsache, daß hier früher die schlechtesten Lohnverhältnisse herrschten, ist dieses ein schöner Erfolg.

Noch größer aber ist der moralische Erfolg. Während früher die Behandlung der Kollegen seitens der Beamten eine berartig nichtachtende war, und die Unflingswirtschaft und das Denunzationswesen in starker Blüte standen, haben die Herren nunmehr die geeinigte Macht verspürt. Sie sind vor das öffentliche Forum gezogen worden, wo ihre Machinationen aufgedeckt und gebrandmarkt worden sind. Dieses hat einen starken Eindruck ausgeübt. Dazu ist die Vereinbarung protokollarisch niedergelegt, wovon eine Abschrift im Besitze unserer Kollegen ist. Dieses alles ist ein Erfolg der Organisation. Hossentlich ziehen die Kollegen ihre Lehre daraus. Hier auf der Union hat sich der Arbeiterausschuß als eine wertvolle Vertretung der Arbeiter bewährt. Dagegen sind die Bauarbeiter der Westf. Drahtindustrie größtenteils der Organisation leiber nicht zugänglich. Es konnte daher auch eine Lohnerhöhung mit dem gleichen Effekt, wie auf der Union, für die dortigen Bauarbeiter nicht erreicht werden. Erst nachdem der Erfolg auf der Union erzielt war, bequeme sich die Drahtindustrie, auf eine untertänige gelbe Bitte mit einer Lohnerhöhung nachzukommen. Wann wird die Zeit, so muß man fragen, einmal kommen, wo den Unorganisierten die Augen aufgehen? Vielleicht erst so spät, wenn sie großen Schaden erlitten haben.

Ebenso mußte die Stiefirma Ruhn, die sich 1 1/2 Jahre am vereinbarten Tariflohn vorbeigedrückt hatte, erst vom der Organisation scharf angegangen werden, die veraltete Feuerungszulage zu zahlen. Dieses konnte erst geschehen, nachdem wieder organisierte Kollegen dort arbeiteten. Die vorher dort beschäftigten Unorganisierten ließen dem Herrn Ruhn den Lohn in seiner Tasche. In vielen einzelnen Fällen sind Kollegen durch die Organisationsleitung zu ihrem ihnen zustehenden Tariflohn gekommen. Eine bedauerliche Erscheinung ist die, daß manche vom Heeresdienst Entlassene oder zur Arbeit Reklamirte sich nicht anmelden und das Wiederaufnehmen der Beitragsleistung unterlassen, und so ihre erworbenen Rechte an der Organisation preisgeben. Diese scheinen ganz gebanten- und gefühllos geworden zu sein gegenüber den Vorkommissen, wie sie sich während des Krieges gezeigt haben. Den geschwächten Bauarbeiterorganisationen infolge der massenhaften Einberufungen, stark verminderten Einnahmen, größeren Ausgaben infolge Krieges- und Krankunterstützung usw. steht auf der Unternehmerseite eine gewaltige Stärkung durch größeren und strafferen Zusammenschluß, durch Abspaltung der Gelder ihrer Streikschulden gegenüber. Dieses wird nach dem Kriege für die Bauarbeiter eine starke Wirkung, und zwar nicht zu ihren Gunsten, haben. Wir werden mit großen und starken Kämpfen zu rechnen haben, und es wird davon abhängen, ob die Bauarbeiter es erkennen und sich eine starke Organisation und eine gefüllte Kasse schaffen. Darum wurden die Delegierten ermahnt, nach Kräften alles zu tun, um die Organisation hochzuhalten und weiter zu stärken durch Agitation und Auffuchen der zurückgekehrten Krieger. Kollege Blicher erstattete Bericht über die mannigfaltige Tätigkeit bezüglich des Rechtschutzes, der Arbeit in der Ernährungsfrage und der Folgen des Hilfsdienstgesetzes. Die Delegierten erstatteten kurze Berichte ihrer Zahlstellen, die im allgemeinen günstig lauteten. Die Ergänzungswahl des Vorstandes ergab, daß der zurückgekehrte Kollege Stening wieder als Vorsitzender und Kollege Wältermann als Schriftführer, die Kollegen Franz Hirt, Franz Wähler und Heinrich Kreis als Revisoren gewählt wurden. Die genannten Kollegen nahmen die Wahl bereitwilligst an. Darauf wurde auf die vorzunehmende Statistik aufmerksam gemacht und die Konferenz gegen 8 Uhr geschlossen.

Briefkasten

Hr. Glabbe. Solange der Vorname des betreffenden Kollegen nicht mitgeteilt wird, kann die Veröffentlichung nicht erfolgen. Wir haben mindestens ein halbes Dutzendmal in der „Bauergewerkschaft“ auf diese Notwendigkeit hingewiesen.

Advertisement for 'Gemeinnützige Deutsche Volksversicherung' (Beneficial German People's Insurance) of the Central Association of Christian Construction Workers of Germany. Includes a logo with a cross and a figure.